

Arbeitskreis IV
Gesundheit und soziale Sicherung
Leitung: Klaus Ernst
Datum: 11.06.2008

Mehr Netto ohne mehr Brutto?

Zum Vorschlag der SPD, die Sozialabgaben zu senken zur Entlastung der niedrigen und mittleren Einkommen

Dr. Katrin Mohr (Referentin für soziale Sicherung und Rente)

I. Stellenwert:

Zu ihrem Zukunftskonvent am 31. Mai 2008 hat die SPD unter dem Titel „**Konsolidieren – Investieren – Entlasten. Orientierungspunkte der SPD für ein integriertes Steuer- und Abgabensystem eines sozialen Deutschlands**“ Vorschläge zur Entlastung der unteren und mittleren Einkommen vorgelegt. Damit versucht sie gegenüber den Steuersenkungsplänen der CSU und Teilen der CDU („Mehr netto vom Brutto!“) in die Offensive zu kommen und sich dabei gleichzeitig als Hüterin der Staatsfinanzen und Anwältin der unteren und mittleren Schichten zu profilieren. Die Entlastung dieser soll statt über Steuersenkungen über die Senkung der Sozialabgaben erfolgen. Hohe Einkommen, Vermögen und Erbschaften sollen dagegen höher besteuert und die soziale Sicherung stärker über Steuern finanziert werden. Die „Orientierungspunkte“ sind in Verbindung mit dem ebenfalls Ende Mai vorgelegten Papier „Aufstieg und Gerechtigkeit. Impulse für Deutschlands Zukunft“ zu sehen, das Grundlage für das Bundestagswahlprogramm der SPD sein wird und von dem die Vorschläge für ein integriertes Steuer- und Abgabensystem einen wichtigen Teil bilden.

II. Kernaussagen:

Diagnose der SPD:

- Für Menschen im unteren und mittleren Einkommensbereich sind Sozialabgaben ein weit-aus größeres Problem als die steuerliche Belastung. Eine Senkung der Sozialabgaben hilft ihnen daher mehr als Steuersenkungen. Dies wird anhand umfangreicher Grafiken und Tabellen im Anhang verdeutlicht.
- Durch SPD-Politik hat es bereits eine umfassende steuerliche Entlastung vor allem der unteren Einkommen gegeben (Senkung des Eingangssteuersatzes von 25,9 auf 15%, lediger Durchschnittsverdiener hat heute 65,7% seines Arbeitslohns zur Verfügung, 1998 nur 60,2%. Schon heute zahlt eine Familie mit zwei Kindern unter Berücksichtigung des Kindergelds bis zu 37.610 € Jahreseinkommen keine Einkommenssteuer, dafür aber 7.300 € Sozialversicherungsabgaben). Durch die Reformen der letzten Jahre und die verstärkte Steuerfinanzierung konnte die Sozialabgabenquote bereits von 42,1% im Jahr 1998 auf heute rund 39% gesenkt werden.
- Die kalte Progression wird überschätzt. Sie macht bei einem alleinverdienenden Durchschnittsverdiener im Monat 1,50 Euro aus. „Im Kern zielt die Diskussion der kalten Progression nicht auf eine Entlastung der Bürger sondern eine Schwächung des Staates“ (S. 8).

- mehr Netto ohne mehr Brutto geht zu Lasten eines handlungsfähigen Staates. Deutschland hat mit 22% bereits eine der niedrigsten Steuerquoten unter den Industrienationen. Arbeitnehmer/innen und Rentner/innen, die heute schon keine Steuern mehr zahlen, werden durch Steuersenkungen nicht entlastet. Finanzpolitisch keine Handlungsspielräume für Steuersenkungen vorhanden.

Ziele und Maßnahmen der SPD:

- Kernziel: Sozialleistungen stärker über Steuern finanzieren, um Sozialabgaben senken zu können, ohne dabei das Leistungsniveau der sozialen Sicherungssysteme zu reduzieren. Senkung der Sozialabgaben auf unter 36% im Laufe des nächsten Jahrzehnts.
- Konsolidierung bleibt vorrangiges Ziel. Erst wenn die Haushaltslage es zulässt, können die Sozialabgaben gesenkt werden. Die Handlungsfähigkeit des Staates soll wieder hergestellt werden, um die „Konsolidierungsdividende“ für Zukunftsinvestitionen in Bildung (3% vom BIP), Infrastruktur (v.a. Kinderbetreuung) und Forschung stecken zu können. SPD-Motto für Generationengerechtigkeit: „Mehr Netto für unsere Kinder!“
- Die strukturelle Unterfinanzierung des Staates lässt sich nicht allein durch Ausgabenbegrenzungen beheben. Es fehlen zuverlässige Mehreinnahmen.
- Deshalb: gerechte Besteuerung großer Vermögen und Erbschaften sowie hoher Einkommen. Die Wiedereinführung der Vermögenssteuer soll allerdings lediglich geprüft werden. Hinsichtlich der Erbschaftssteuer wird auf den vorliegenden Gesetzentwurf der Bundesregierung und die realistischere Bewertung des Grund- und Immobilienvermögens verwiesen. Hohe Einkommen sollen dadurch stärker herangezogen werden, dass die Einkommensgrenzen für die „Reichensteuer“ halbiert werden (125.000 Euro für eine/n Alleinstehende/n bzw. 250.000 Euro für Verheiratete statt bisher 250.000 bzw. 500.000 Euro). Außerdem soll das Steuerrecht vereinfacht und besser durchgesetzt werden, z.B. durch eine Optimierung der Steuerfandung und verstärkte Betriebsprüfungen.

III. Bewertung:

1. Mehr Brutto schafft mehr Netto!

Um mehr Netto für die unteren und mittleren Einkommen zu erreichen, müssen in erster Linie die Bruttoeinkommen wieder steigen. Die gesellschaftliche Einkommensverteilung muss wieder deutlich zugunsten der Lohnneinkommen verschoben werden. Das hat auch positive Auswirkungen auf die Sozialkassen. Dazu muss die Niedriglohnpolitik beendet und ein gesetzlicher Mindestlohn eingeführt werden. Nicht sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, die reguläre Arbeit verdrängt, ohne mehr Arbeitsplätze zu schaffen, muss eingedämmt werden. Die SPD weicht den Grundübeln aber nach wie vor aus.

Selbst die eigenen Analysen der SPD zeigen, dass das Problem sinkender Realeinkommen der unteren und mittleren Einkommensgruppen nicht in erster Linie in einer hohen Abgabenbelastung besteht, sondern in den stagnierenden Bruttoeinkommen. Laut Grafik auf der letzten Seite sind die Sozialabgaben seit 1999 beständig gesunken. Trotzdem haben die Leute nicht mehr Geld in der Tasche. Deshalb müssen vor allem die Bruttoeinkommen wieder steigen.

2. Wiederauflage der Lohnnebenkostendebatte unter umgekehrten Vorzeichen

Das jetzige Herumbasteln an der Anhebung des Nettoeinkommens ist die erneute Auflage der Lohnnebenkostendebatte, die Ausgangspunkt der Niedriglohnpolitik war und die Misere erst hervorbrachte. Das Solidarsystem ist jedoch nicht die Melkkuh der Nation, um sinkende Arbeitsentgelte zu kompensieren. Die Erklärung der Sozialabgabenquote zum Problem wird diesmal jedoch nicht mit der vermeintlich notwendigen Entlastung der Unternehmen zur Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit begründet, sondern mit der notwendigen Entlastung der Arbeitnehmer/innen und vermeintlichen positiven Beschäftigungswirkungen in arbeitsintensiven Unternehmen. Die allgemeine Senkung der Sozialabgaben – bisher verzichtet die SPD auf Maßnahmen, die nur gering verdienende Arbeitnehmer/innen entlasten und fällt damit hinter Konzepte wie die von Peter Bofinger zurück – entlastet die Arbeitge-

ber/innen jedoch in erheblichem Maße mit.

Sozialabgaben sind streng genommen Lohnbestandteil. Werden sie gesenkt und durch Steuern gegen finanziert, wird der vorenthaltene Lohn durch die Allgemeinheit bezahlt. Ähnlich wie bei den Aufstockern/innen im Arbeitslosengeld II, wo durch staatliche Grundsicherungsleistungen Armutslöhne subventioniert werden, würden in dieser Konstellation Arbeitgeberanteile an den Sozialabgaben durch die Allgemeinheit finanziert. Müntefering nannte dies in Bezug auf die Aufstocker-Problematik „Staatslohn“ und eine solche Politik „verwerflich“. Die SPD plant Ähnliches nun bei den Sozialabgaben.

3. Kürzung der Leistungsansprüche in der Sozialversicherung vorprogrammiert!

Weniger Sozialabgaben führen zu drastisch geringeren Einnahmen der Sozialkassen. Zwar beteuert die SPD, die Senkung der Sozialabgaben werde nicht zu einer Senkung der Leistungsansprüche führen, da die Mindereinnahmen in der Sozialversicherung durch Steuern ausgeglichen würden. Die Steuererhöhungen für Reiche und Vermögende werden die Verluste aber nicht ausgleichen können. Sie sind eher Symbolpolitik. Zudem besteht die Gefahr, dass eine Senkung der Sozialabgaben erfolgt, bevor Mehreinnahmen über höhere Steuern realisiert werden. Fehlbeträge in der Sozialversicherung würden auf diese Weise doch zur Senkung von Leistungsansprüchen führen. Durch die Umlenkung von Steuer Mehreinnahmen in die Sozialkassen würde außerdem Geld vereinnahmt, das für andere Zwecke – wie etwa die Erhöhung der Regelleistungen bei Hartz IV – gebraucht wird.

4. Festhalten am Konsolidierungsprimat

Die SPD räumt nach wie vor der Konsolidierung des Bundeshaushalts den höchsten Stellenwert ein. Bis 2011 will sie einen Haushalt, der ohne Neuverschuldung auskommt. Die Ausgaben des Bundes sollen sogar sinken und nur noch Aufgaben des „Kernstaats“ (S. 3 im Anhang) finanziert werden. Sie sitzt damit nach wie vor dem haushaltspolitischen Irrtum der angebotsorientierten Wirtschaftstheorie auf, nach dem ein Staatshaushalt wie ein Privathaushalt zu wirtschaften habe. Auch Erfahrung hat sie nicht gelehrt, dass dieser Weg falsch und eine antizyklische nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik und eine Aufgaben orientierte Einnahmepolitik vonnöten ist.

5. Sozialabgaben gerecht gestalten

Durch die Existenz der Beitragsbemessungsgrenzen in der Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung endet die kollektive Solidarität und die leistungsgerechte Beteiligung an den Kosten der sozialen Sicherung an diesen Grenzen. Um im Bereich der Sozialabgaben eine leistungsgerechte Beteiligung und Belastung zu erreichen, müssen die Beitragsbemessungsgrenzen heraufgesetzt bzw. abgeschafft werden. In die Kranken- und Pflegeversicherung müssen darüber hinaus alle Einkommen einbezogen werden. Vor dieser Herstellung einer gerechten Lastenverteilung im Bereich der Sozialabgaben schreckt die SPD allerdings zurück.

6. Mehr Netto für Unten!

Es gibt bei den unteren und mittleren Einkommen einen tariflichen „Steuerbauch“, durch den bei diesen die Steuerbelastung schneller steigt, als bei den oberen Einkommen. Hier besteht steuerpolitischer Handlungsbedarf. Allerdings muss sicher gestellt werden, dass Steuerensenkungen nur diesem Einkommenssegment zugute kommen. Hohe Einkommen, Unternehmensgewinne, Vermögen sowie Erbschaften müssen dagegen deutlich stärker besteuert werden.